

INHALT

POLITIK
5 Die Grünen wollen die Abhöraktivitäten im direkten Kontakt zwischen deutschem Bundestag und dem US-Kongress erörtern.

MEINUNG
10 Vor fünf Jahren brach mit dem Kollaps der Bank Lehman Brothers die große Krise aus. Was haben wir daraus gelernt? Nichts.

WIRTSCHAFT
16 Die europäische Rettungsaktion für Spanien ist beendet, die Geldhäuser des Landes saniert. Die Krise ist aber nicht vorbei.

SPORT
S12 Skirennläuferin Höfl-Riesch tankt mit Platz zwei beim Slalom in Levi Selbstvertrauen für den Olympiawinter.

FEUILLETON
22 Frankfurt räumt ab bei den „Faust“-Theaterpreisen: Constanze Becker, Christian Gerhaher und Claus Guth geehrt.

PANORAMA
27 Der philippinische Präsident Aquino kämpft gegen die Folgen des Taifuns – und so auch für sein Image beim Volk.

RESSORT
Politik Seite 4
Meinung Seite 10
Wirtschaft Seite 16
Frankfurt Seite F1
Sport Seite S1
Feuilleton Seite 20
Panorama Seite 26

RUBRIKEN
Impressum Seite 9
Finanzen Seite 18
Rätsel Seite 25
Leserbriefe Seite 12
Wetter Seite 13
TV-Programm Seite B4
Familienanzeigen Seite 23

Die Kosten der Energiewende Die Großkoalitionäre in spe mühen sich noch ab, Kurs wie Details der so lange und

Schleppende Wende

Schwarz-Rot ringt um Details des EEG

Von Joachim Wille

Die Energiewende geht weiter, zumindest auf dem Papier. Union und SPD wollen „die Chance nutzen, engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken“. So beschreiben die Koalitionäre in spe ihre Ziele für den Energie-Sektor. Trotzdem ist noch lange nicht der exakte künftige Kurs berechnet. Der Teufel steckt mal wieder im Detail, etwa im Finanzierungsvorbehalt, unter den die Unterhändler alle Politikfelder gestellt haben.

Einig sind sich Schwarz und Rot, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien bei der Stromproduktion mit hohem Tempo weitergehen soll. Derzeit beträgt der Ökostrom-Anteil rund 25 Prozent, er soll bis 2020 auf 35 bis 40 Prozent ansteigen – wobei die SPD die höhere Zahl fixiert haben will. Damit und mit vermehrten Anstrengungen im Wärmesektor sowie beim Energiesparen generell soll das Klimaschutzziel von 40 Prozent Treibhausgas-Einsparung geschafft werden. Bisher hat Deutschland rund 25 Prozent erreicht, aber der CO₂-Ausstoß steigt wieder – nicht nur wegen vergleichsweise kalter und langer Winter, sondern auch wegen des Kohlebooms in der Stromerzeugung.

Alle Ökoenergie-Formen sollen nach dem Willen der Energie-Arbeitsgruppe von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) weiter ausgebaut werden. Allerdings gibt es eine Deckelung: Solar-, Wind- und Biomasse-Anlagen sollen „Ausbaukorridore“ bekommen, die die Union sogar „verbindlich“ festschreiben will. Modell ist der Solarstrom, der auch bisher nur gefördert werden soll, bis 52.000 Megawatt (MW) installiert sind; derzeit sind rund 35.000 MW erreicht. Wie hoch die Ziele für Wind und Biomasse sein werden, wollen Union und SPD noch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen festlegen – auf der Grundlage von „Kostenschätzungen“.

Bei Windkraft an Land sollen die Einspeise-Vergütungen für die Produzenten deutlich sinken, besonders an windreichen Standorten. Wo und wie gut sich Windanlagen für Investoren dann noch lohnen, ist unklar. Die konkreten Regelungen – zum Beispiel, was man unter „guten“ Standorten zu verstehen hat – sind noch umstritten. Von ihnen hängt allerdings ab, wie stark die Onshore-Windkraft wachsen wird und ob sie sich weiter in Norddeutschland konzentriert

Einspeise-Vergütungen für Windkraft an Land werden deutlich sinken

oder auch im Süden zunimmt, wo diese Energieform bisher nur wenig genutzt wird. Einen klaren Einschnitt gibt es bei der im Vergleich sehr teuren, technisch aufwändigen Offshore-Windkraft in Nord- und Ostsee. Schwarz-Rot kürzt das Ausbauziel für 2020 auf 6500 Megawatt. Das stellt freilich nur eine halbwegs realistische Anpassung an das bislang schleppende Ausbaitempo dar. Schon der erste Windpark „Alpha Ventus“ konnte 2010 erst mit mehrjähriger Verspätung ans Netz gehen. Aktuell sind nur Anlagen mit zusammen rund 500 MW in Betrieb.

„Die Vielfalt der Akteure“ soll erhalten bleiben – wie, das weiß keiner

Bei Solarstrom plant Schwarz-Rot keine zusätzlichen Förderkürzungen, nachdem da eh schon kräftige Einschnitte beschlossen wurden. Ein Mega-Boom wie in den Jahren 2010 bis 2012, als Hausbesitzer und andere Investoren mit rund 7000 MW doppelt so viele Module orderten wie von der Regierung geplant, dürfte sich kaum wiederholen. Bereits in diesem Jahr hat die Branche einen deutlichen Rückgang verzeichnet.

Bei der Biogas-Anlagen plant Schwarz-Rot Korrekturen und geht damit die auf die vehemente Kritik von Umweltschutzverbänden an der bisherigen Strategie ein. Neue Kraftwerke sollen hier nur gefördert werden, wenn sie statt mit extra dafür angebauten Energiepflanzen mit Abfall- und Reststoffen betrieben werden. Ausdrücklich halten die Koalitionäre fest, dass damit die „Vermaisung“ der Landschaft begrenzt und „Nutzungskonkurrenzen“ – Stichwort „Teller oder Tank“ – entschärft werden sollen. Mehr Maisanbau gilt als ökologisch fatal, weil er Erosion fördert und hohe Dünger- und Pestizidgaben erfordert.

Am Einspeisevorrang des Ökostroms will man nicht rütteln. Um die EEG-Umlage zu begrenzen, wollen Union und SPD die erneuerbaren Energien jedoch möglichst schnell an den normalen Strommarkt heranzuführen. Das könnte mittelfristig das Ende der festen Einspeisetarife bedeuten. Ab 2017 sollen Betreiber von neuen Ökostrom-Anlagen sich selbst um die Vermarktung ihres Stroms kümmern, während bisher die Netzbetreiber gesetzlich verpflichtet sind, Elektrizität zu den festen EEG-Umlage-Sätzen abzunehmen. Kritiker befürchten, dass das Normalbürger abschrecken könnte, die bisher eiserne Großteil etwa der Fotovoltaik-Anlagen installiert haben. Schwarz-Rot verspricht zwar, dass die durch das EEG erreichte „Vielfalt der Akteure erhalten bleibt“. Ob das so kommt, steht aber noch in den Sternen.



Umstrittene Anlagen am Morgen: eine Windpark bei Hannover.

CHRISTIAN DITTRICH/DPA

Auf den Todesackern der

Umweltschützer warnen vor der Fortführung des

Von Stephan Börnecke

Enoch zu Guttenberg, 1975 Mitgründer und heute arger Kritiker des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), gehen harte Worte über die Lippen. Windkraftanlagen sind für ihn keine Säulen der Energiewende, keine Garantien im Kampf gegen den Klimawandel, sondern sie sind eine „Technologie der Verheerung“. „Es sind barbarische und gigantische Vogelmordmaschinen.“

Guttenberg, eine Art Vortragsreisender gegen die längst nicht mehr an der Küste, sondern auch im Binnenland massierten Windparks, spricht im Gartensaal des Kurzentrums der Spessartkommune Bad Orb. Es ist Mitte Oktober, und rund um den Ort, auf den Ausläufern und Höhenrücken von Vogelsberg und Spessart, werden Tatsachen geschaffen. Die Planer und Baufirmen stellen 200 Meter hohe Windmaschinen in den Wald. Das erzürnt die Bürger, die sich in der Initiative Gegenwind versammelt haben. Guttenberg ist entsetzt: „Die Natur wird der Verwüstung preisgegeben“, schimpft der Franke.

Das hatten die 2500 Einwohner im nahen Flörsbachtal vor zwei Jahren so nicht gesehen, als mehr als 80 Prozent für einen Beitrag zum Klimaschutz plädierten. Doch der Zustimmung zu den Windrädern auf Heiligenkuppel und Kohlplatte ist Ernüchterung gefolgt, seit Visualisierungen das Ausmaß der Türme zeigen. Seither sagen sie „Nein“, fürchten ums Landschaftsbild, um Tier- und Pflanzenwelt, dokumentieren ihr Veto mit Tafeln und Demos.

Sie schlagen im Zweifel damit auch hohe Pachtzahlungen der Windmüller aus, auf die die Kommunen aber angesichts von Abwanderung und demographischen Wandels mehr und mehr angewiesen sind. Eine Forsa-Umfrage und ein Referendum in zwei benachbarten Kommunen bestätigen: Die anfängliche Zustimmung ist umgeschlagen, erste Projekte sind gekippt.

Rückendeckung bekommen die Protestler, die die Energiewende nicht vor ihrer Haustür erleben wollen, von Wachstumskritikern wie Niko Paech. Der Volkswirt und Gastprofessor an der Uni Oldenburg warnte vor wenigen Tagen in Fulda, dass dem Land die wirklichen Opfer der Energiewende erst noch bevorstehen. Denn der nach seiner Rechnung elf Prozent große Anteil der regenerativen Power am Gesamt-Energieaufkommen sei allein mittels der „tiefhängenden Früchte“ erreicht worden. Eine „brutale Landschaftszerstörung“ stehe noch bevor, wenn etwa im Schwarzwald mit dem Bau gigantischer Windparks „ein zweites Stockwerk eingezogen“ werde, um das 100-Prozent-Ziel umzusetzen.

Hochgerechnetes Massaker

„Viele glaubten“, pflichtet ihm Martin Flade, Ornithologe und Chef des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin, bei, „wenn wir schnell auf erneuerbare Energien umsteigen, können wir mit unserem Konsum und Lebensstil so weitermachen wie bisher. Ein schwerer Irrtum.“

Biologen wie Flade warnen seit Jahren vor Kollateralschäden

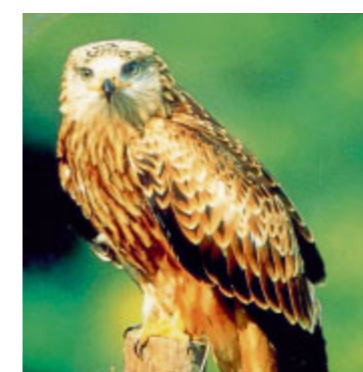
hart erstrittenen Energiewende festzulegen. Doch längst sind ihre Projekte und Ansprüche mehr schädlich denn nützlich.

sauberen Windmühlen

Energiewende-Programms, denn seine Effekte sind zumindest so schlimm wie die der alten Energie-Industrien

Nord- und Ostsee sind für viele Wasservogel nicht nur wichtige Nahrungs-, Rast- und Mausegebiete von internationaler Bedeutung. Sondern auch Überflugsgebiet für mehrere zehnte Millionen Vögel auf den Wegen zwischen Brut- und Winterquartier. Vor allem die östliche Deutsche Bucht und das Gebiet vor den Ostfriesischen Inseln haben für See- und Küstenvogel eine hohe Bedeutung.

Jede Windkraftanlage, die sich den Vögeln in den Weg stellt, muss umfliegen werden. Das kostet Energie. See- und Prachtaucher, die zu Zehntausenden in der Deutschen Bucht Winter und Frühjahr verbringen, machen einen Bogen von zwei bis vier Kilometern.

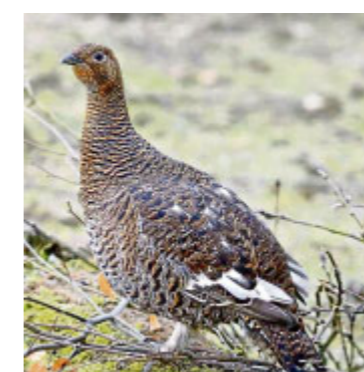


Opfer: Rotmilan. DPA

UMFLIEGEN ODER STERBEN

Die geplanten Windparks, aber auch Stellnetzschifferei, der Schiffsverkehr oder der avisierte Kies- und Sandabbau dezimieren ihren Lebensraum, etwa vor Sylt. Dort werden bisher die meisten der beiden Seetaucherarten gezählt. Ornithologen schätzen, dass allein durch den Bau der geplanten Windkraftanlagen mehr als 20 Prozent der Frühjahrspopulation dieser beiden Arten vertrieben werden.

Für andere Vögel, vor allem die Heerschar von nachts fliegenden Singvögeln, können die Windparks regelrecht zur Falle werden. Davon zeugt ein Ereignis vom November 2010 auf der Forschungsplattform FINO1, die 45 Kilometer nördlich von Borkum steht: Wegen schlechtem Wetter, aber



Opfer: Birkhuhn. IMAGO

womöglich auch durch die Lichter von FINO1 angelockt, flogen die Vögel tiefer als üblich – auf Rotorhöhe künftiger Anlagen, die ebenfalls beleuchtet sind. 88 tote Rot- und Singdrosseln sind die Folge dieser wissenschaftlich dokumentierten Massenkollosion.

Die Lebensraum vernichtende Wirkung von Windkraftanlagen zeigt sich auch in den Alpen: In den Hohe Tauern in Österreich ging der Birkhuhnbestand, der zuvor angewachsen war, innerhalb von fünf Jahren nach dem Bau eines Windparks von 41 auf 9 Hähne zurück, in einer anderen Alpenregion von 60 auf 20 Hähne. In den Vergleichsgebieten war hingegen keine Veränderung beobachtet worden. –ke



Opfer: Fledermaus. ILONA SURREY

erst in der Pathologie zu klären: Tod durch Hirn- oder Lungenblutung könnte die Annahme lauten. Eine Folge des Unterdrucks an den Rotoren oder der Luftwirbel, in die Vögel geraten und weggeschleudert werden.

Die Zahlen sehen ganz anders aus, schauen die Biologen gezielt nach und rechnen ihr Ergebnis hoch. Dann ergibt sich: An jeder der 25.000 deutschen Windmühlen sterben jedes Jahr mindestens vier Vögel und vier Fledermäuse. An der Leibniz-Universität Hannover haben Forscher jüngst die Zahl der an den Masten krepierender Fledermäuse sogar auf je zwölf und damit auf eine Viertelmillion im Jahr kalkuliert. Die fehlen dann auf den Äckern und in den Gärten, um lästige Insekten zu vertilgen.

Langgemach differenziert. 213 tote Rotmilane seien viel schlimmer als 245 tote Mäusebussarde. Denn es gibt neunmal mehr Bussarde, und zugleich lebt die halbe Weltpopulation des Rotmilans in Deutschland. Längst ist der Vogelschlag am Windrad die Todesursache Nummer eins für den Rotmilan, sein Bestand sinkt. Einer der Hauptgründe: Kaum ein Greifvogel ist derart viel in der Luft wie er, ein Zusammenstoß mit den Mühlen wahrscheinlicher als bei anderen. Der Rotmilan leidet überdies wie fast alle anderen Vögel der Agrarlandschaft auch an den Folgen der Industrialisierung der Landwirtschaft. Sie bietet ihm keine Nahrung mehr. Die Folge, so Tobias Dürr von der Vogelenschutzzone Brandenburg: Er sucht Nahrung auf den Brachflächen unter den Rotoren. Eine tödliche Suche.

FALL SCHREIADLER

„Unsere größte Sorge gilt dem Schreiadler“, sagt Torsten Langgemach von der staatlichen Vogelschutzzone Brandenburg. Zwar wurden unter Windenergieanlagen erst drei tote Schreiadler gefunden. Doch zum einen ist die Dunkelziffer sehr hoch, zum anderen können die Folgen für Deutschlands seltensten Greifvogel auch dann fatal sein, wenn nur wenige durch die Anlagen erschlagen werden.

Nur noch 100 Brutpaare gibt es in Deutschland. Fällt ein Elterntier während der Brut aus, weil es Opfer der Windkraft wird, bleibt nicht nur der Bruterfolg des betroffenen Paares aus. Sondern auch der Nachwuchs kommender Jahre, warnt der Ornithologe. Der Reproduktionserfolg von Paaren, die sich erst neu gefunden haben, liegt deutlich unter dem alter Paare.

Der Abstand neuer Windkraftanlagen zu den Revieren des Schreiadlers sollte von drei auf den für die Futtersuche wesentlichen Radius von sechs Kilometern ausgedehnt werden. Doch die je nach Vogelart verschiedenen Vorgaben werden manchmal unterlaufen, etwa weil der Auftrag der Verträglichkeitsprüfung vor dem Anlagenbau nicht umfassend genug formuliert wurde. Und der Verdacht bleibt stets, dass an den Auflagen manipuliert wird. –ke

30 Jahre währt der Sinkflug der Agrarvögel, bilanziert Flade. Während einzelne, ehemals fast ausgestorbene Arten – Seeadler, Wanderfalke, Großtrappe – per „Einzelnest-Betreuung“ erfolgreich über die Runden gebracht wurden, geht den Allerweltsarten wie Feldlerche, Kiebitz, Grau- und Goldammer die Nahrung aus auf den Maiswüsten, angesät, um Biogasanlagen zu füttern. Und es wird noch schlimmer: Der Gießener Biologe Ralf Sauerbrei prognostiziert in einer neuen Studie, dass die Zahl der neun untersuchten Feldvogelarten um 420.000 Paare und damit um weitere zehn Prozent sinken werde, geht der Ausbau der Biogasanlagen von der Bundesregierung bisher geplant weiter.

Der Schaden, den die Biogasernter anrichten, macht sich aber auch für Menschen wie Fische negativ bemerkbar. Denn anders als bei Gülle können Bauern Gärreste in beliebiger Menge auf die Äcker ausfahren. Die Folge: Zu hohe Nitratwerte in Bächen und Grundwasser, was nicht nur das Trinkwasser gefährdet, sondern auch die Wiedersiedlungen von Lachs und Störzunichte machen kann. Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltschutzbundesamtes: „Das ist ein gravierendes Problem.“ Er fordert deshalb Höchstmengen für die Verteilung des Substrats.

Im Wald von Flörsbachtal, dort, wo sich bald Windrad an Windrad reiht, haben derweil Naturschützer in diesem Sommer einen sensationellen Fund gemacht. Sie orteten einige Tiere der überaus seltenen Mopsfledermaus. Wird sie ein Opfer der Energiewende?